

Vorlage für die 11. Sitzung des
Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und
Entwicklungszusammenarbeit der Bremischen Bürgerschaft
am 13. September 2016

TOP 5 Stand der Umsetzung der Entwicklungspolitischen Leitlinien der Freien Hansestadt Bremen

Hintergrund

Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) hat in ihrer Sitzung am 25. September 2014 auf Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN (Drucksache 18/1438) den Senat aufgefordert, einen Prozess zur Erarbeitung entwicklungspolitischer Leitlinien für das Land Bremen zu initiieren und der Bürgerschaft (Landtag) bis zum Ende des Jahres 2014 einen Entwurf für Leitlinien für die Entwicklungszusammenarbeit des Landes Bremen vorzulegen.

Die Erarbeitung der entwicklungspolitischen Leitlinien der Freien Hansestadt Bremen erfolgte in einem umfassenden Konsultationsprozess mit der Zivilgesellschaft. Den Beginn des Prozesses bildete eine Zukunftswerkstatt mit fünfzig jungen Menschen, die in einem ganztägigen Workshop Ideen für die Leitlinien entwickelten. Daran schlossen sich zwei weitere öffentliche Workshops an, an denen sich Vertreterinnen und Vertreter der entwicklungspolitischen Initiativen Bremens, zahlreiche Institutionen und interessierte Bürgerinnen und Bürger beteiligten. Darüber hinaus äußerten sich viele Organisationen mit schriftlichen Stellungnahmen, die ebenfalls bei der Erstellung der Leitlinien berücksichtigt wurden.

Am 3. März 2015 hat der Senat die Entwicklungspolitischen Leitlinien der Freien Hansestadt Bremen verabschiedet und sie der Bremischen Bürgerschaft als Mitteilung des Senats (Drucksache 18/1769 vom 4. März 2015) vorgelegt.

Grundlagen

Die entwicklungspolitischen Leitlinien sind der erste strategische Baustein des Landes Bremen zur Erreichung der siebzehn von der Weltgemeinschaft beschlossenen Sustainable Development Goals (SDG). Diese verpflichten alle Staaten zur Erreichung ehrgeiziger Entwicklungsziele bis zum Jahr 2030. Dieser Verpflichtung unterliegen im Gegensatz zu den vorigen Millennium Development Goals (MDG) auch die Staaten des Nordens, also auch Deutschland und seine Länder.

In den entwicklungspolitischen Leitlinien (EZ-Leitlinien) sind neun Ziele formuliert, an denen sich die Umsetzung der Leitlinien orientiert und messen lässt. Zudem enthalten die Leitlinien zahlreiche Handlungsaufforderungen, die sich an die verschiedenen Senatsressorts richten.

Als erster Schritt der Umsetzung wurde im Juni 2015 ein ressortübergreifender Arbeitskreis Entwicklungszusammenarbeit eingerichtet, der in regelmäßigen Abständen tagt und die Umsetzung dieser Ziele und Handlungsaufforderungen innerhalb der bremischen Verwaltung koordiniert.

Eine detailliertere Gesamtübersicht über den jeweiligen Status quo ergibt sich aus dem Arbeitsdokument „Handlungsaufforderungen aus den Leitlinien“, das vom ressortübergreifenden Arbeitskreis kontinuierlich fortgeschrieben wird und diesem Bericht ebenfalls beigelegt ist.

Ein Jahr nach der Verabschiedung der EZ-Leitlinien lässt sich der Umsetzungsstand in zwei Stufen einteilen und exemplarisch wie folgt darstellen.

1. Erfolgreiche Umsetzungsbeispiele

Zu zahlreichen Zielen und Handlungsaufforderungen sind bereits nach einem Jahr erfolgreiche Umsetzungsbeispiele darstellbar. Um die soziale und ökologische Beschaffung durch die Bremer Verwaltung weiter zu befördern wurde beispielsweise im August 2016 bei Immobilien Bremen die **Kompetenzstelle für sozial verantwortliche Beschaffung** eingerichtet. Weitere wichtige Umsetzungsbeispiele sind unter anderem:

a) Umsetzungsbeispiele für Partizipation und Dialog mit der Zivilgesellschaft

Mit der Einrichtung eines „**jungen entwicklungspolitischen Forums**“ wurde dem im Rahmen der Zukunftswerkstatt formulierten Wunsch nach stärkerer Beteiligung junger Menschen in der lokalen Entwicklungszusammenarbeit entsprochen. Die Beteiligung Bremens an internationalen Austauschprogrammen wie weltwärts oder dem ASA-Programm ist ein weiterer wichtiger Baustein wenn es darum geht, junge Menschen für entwicklungspolitische Themen zu gewinnen und Fragen der globalen Gerechtigkeit zu sensibilisieren.

Weiterhin wurde in einem „**Offenen Forum Entwicklungszusammenarbeit**“ eine erste Diskussion mit Stakeholdern aus Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft über den Umsetzungsstand der Leitlinien initiiert. Das Offene Forum EZ fand am 20. Juni 2016 im Institut Français statt. Mit den ca. 50 Teilnehmer*innen wurde entlang der fünf Kapitel der Leitlinien in fünf Arbeitsgruppen zusammen mit Vertreter*innen der weiteren beteiligten Senatsressorts eine erste Zwischenbilanz gezogen sowie kritisch und konstruktiv sowohl über die Erfolge als auch die zukünftigen Herausforderungen diskutiert. Dabei wurde insbesondere auch die Einbeziehung der Zivilgesellschaft bei der Umsetzung der Leitlinien thematisiert. Die Dokumentation der Veranstaltung ist unter www.ez.bremen.de abrufbar und liegt diesem Bericht bei. Das Offene Forum soll in regelmäßigen Abständen ausgerichtet werden. Es löst damit in seiner Beratungsfunktion den 2008 gegründeten Fachbeirat Entwicklungszusammenarbeit ab.

b) Umsetzungsbeispiel zum internationalen Austausch

Am 14. und 15. November findet in Bremen die **internationale Konferenz „Implementing the SDG on the local level“** statt, zu der alle Partner- und Freundschaftsstädte Bremens und Bremerhavens eingeladen sind. Insgesamt werden ca. 50 internationale Delegierte erwartet. Dazu kommen RepräsentantInnen lokaler und überregionaler NRO sowie interessierte Bürgerinnen und Bürger. Die Konferenz bietet allen Teilnehmenden die Gelegenheit, voneinander zu lernen und eine breitere Öffentlichkeit über die SDGs zu informieren und zu sensibilisieren. Zugleich stellt die Konferenz dar Startsignal für die strategische Implementierung der SDGs in Bremen in Politik und Verwaltung dar.

c) Umsetzungsbeispiele im globalen Süden

Als internationaler Raumfahrtstandort leistet Bremen gemeinsam mit seinen Partnern einen Beitrag, die Möglichkeit und das Wissen zur **Nutzung von Fernerkundungsdaten für**

Partner*innen in afrikanischen Ländern zu fördern. Die generierten Daten können für viele Anwendungsbereiche und Entscheidungsprozesse relevant sein, die in der Entwicklungszusammenarbeit eine wichtige Rolle spielen, z.B. für das Beobachten von Waldbränden, im Katastrophenmanagement (z.B. Überflutungen, Dürre), bezüglich Veränderungen durch den Klimawandel, dem Management von Wasserressourcen, Küstengebieten oder Ozeanen oder der Nutzung landwirtschaftlicher Flächen.

Im Rahmen des Projektes „**Förderung der beruflichen Bildung in Namibia**“ unterstützt Bremen gemeinsam mit dem Fachpartner Institut für Technik und Bildung, Universität Bremen gezielt die namibischen Partner beim Ausbau des namibischen Berufsbildungssystems. Damit leistet Bremen einen Beitrag, jungen Menschen, im von Jugendarbeitslosigkeit geprägten Namibia, langfristig eine berufliche Perspektive durch Ausbildung zu ermöglichen.

d) Umsetzungsbeispiele im Rahmen der fortlaufenden Bremer EZ

Um der zunehmenden Bedeutung des Klimawandels Rechenschaft zu tragen und einen Beitrag zur Bekämpfung des Klimawandel und Anpassung an den Klimawandel zu leisten, hat Bremen mit den Städten Durban und Windhoek eine **Entwicklungspartnerschaft für Klima- und Ressourcenschutz** aufgebaut. Ziel der Partnerschaften ist der Austausch auf Augenhöhe und die gegenseitige Unterstützung bei Maßnahmen zu Klimaschutz und Klimaanpassung. Bremen fördert dabei auch den Austausch auf Süd-Süd-Ebene und damit die Vernetzung zwischen Durban und Windhoek. Mit Drittmitteln des BMZ werden über entsprechende Förderlinien für Klimapartnerschaften beiden Städten auch konkrete Projekte durchgeführt. Als neuer Schwerpunkt in Durban wird dabei das Thema Meeresschutz und marine Umweltbildung aufgenommen.

Über unsere Partner **BORDA e. V. und die Norddeutsche Mission** werden Projekte für nachhaltige Entwicklung und Südafrika und Ghana gefördert, die der Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen vor Ort dienen. Außerdem engagiert sich Bremen gemeinsam mit seinen Partner- und Freundschaftsstädten Durban, Windhuk und Pune in meist mit Bundesmitteln geförderten Projekten in den Bereichen Ressourcenschutz und nachhaltige Entwicklung.

Bremen und Bremerhaven verfügen über eine vielfältige und aktive entwicklungspolitische Zivilgesellschaft, die maßgeblich an der Erarbeitung und Umsetzung der Leitlinien beteiligt war bzw. ist. Der Senat begleitet und unterstützt die Arbeit und Projekte dieser Organisationen seit vielen Jahren im In- und Ausland. Ergänzt werden diese Aktivitäten durch Projekte, die Bremen mit Unterstützung des Bundes und oft in Kooperation mit dem Landesbüro Bremen der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) in Bremens Partner- und Freundschaftsstädten durchführt.

Insbesondere zivilgesellschaftliche Akteure, die im schulischen und außerschulischen Bereich Projekte der **entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit** und z.B. LehrerInnenfortbildungen durchführen, werden vom Bremer Senat unterstützt. Wichtige Partner sind das Nord Süd Forum für Bremerhaven sowie das Bremer Informationszentrum für Menschenrechte und Entwicklung (biz) und Bremer Entwicklungspolitische Netzwerk (BeN) in Bremen.

2. Umsetzung in Vorbereitung

Insbesondere bei übergreifenden Zielen und Handlungsaufforderungen, deren Umsetzung mehrere Senatsressorts betrifft, ist eine sorgfältige inhaltliche Abstimmung notwendig. Bereiche, in denen eine Umsetzung der Handlungsaufforderungen hierzu in Vorbereitung ist, sind beispielsweise die **CO₂-Kompensation von Dienstreisen** und die bessere Verankerung von Bildung für nachhaltige Entwicklung. Um den CO₂-Ausstoß durch

Dienstreisen in bremischen Behörden zu kompensieren, ist die Einrichtung eines entsprechenden Mechanismus vorgesehen. Eine entsprechende Senatsvorlage ist derzeit in Vorbereitung und Abstimmung mit den beteiligten Ressorts.

Eine zentrale Forderung im Rahmen des Beteiligungsprozesses zur Erarbeitung der Leitlinien, den zivilgesellschaftliche Organisationen, die inländische, entwicklungspolitische Bildungsarbeit in Bremen leisten, stellten, ist die bessere **Verankerung von Bildung für nachhaltiger Entwicklung (BnE)**. Gemeinsam mit der Senatorin für Kinder und Bildung finden hierzu derzeit Gespräche mit dem BMZ statt, das im Rahmen eines sogenannten Schulprogrammes die bessere Etablierung von BnE fördern will.

Zudem sollen gemeinsame Beratungen mit der Zivilgesellschaft aufgenommen werden, um für die Umsetzung des Orientierungsrahmens für den Lernbereich Globale Entwicklung ein konkretes Pilot-Umsetzungsprojekt für Bremen zu identifizieren.

Eine weitere wichtige Forderung der Bremischen Diaspora, die in die Leitlinien aufgenommen wurde, ist die bessere **Vernetzung und Einbindung von Menschen mit Migrationshintergrund in die bremische Entwicklungszusammenarbeit sowie die Vernetzung mit der Wirtschaft**. Dieses Projekt wurde vom ressortübergreifenden Arbeitskreis EZ als eine Priorität in der Umsetzung für diese Legislaturperiode identifiziert und wird gemeinsam von BBEE mit SWAH und Diaspora-Organisationen vorangebracht.

Mit Unterstützung der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) wurde im 1. Halbjahr 2016 eine Studie finanziert, die eine Gesamtübersicht über Organisationen gibt, die sich in der Stadt Bremen in den Bereichen Migration und Entwicklungszusammenarbeit engagieren. Die Ergebnisse sollen von der SKEW in Broschüren-Form veröffentlicht werden und voraussichtlich am 24. September in einem Vernetzungsworkshop vorgestellt werden. Im Rahmen des Vernetzungsworkshops soll zudem unter dem Titel „Diaspora-Unternehmer als ein Baustein der Entwicklungszusammenarbeit?“ u.a. mit der Handelskammer debattiert werden, wie eine bessere Verzahnung von migrantischen Unternehmen mit der bremischen Wirtschaft zum beiderseitigen Nutzen erreicht werden kann.

Der **Faire Handel** stellt auch weiterhin einen wichtigen Schwerpunkt der Bremer EZ dar. **Auf europäischer Ebene** wurde gemeinsam mit dem Fair Trade Advocacy Office in Brüssel und anderen Partner*innen ein Unterstützerkreis für den Fairen Handel gebildet. Auf Initiative dieses Kreises wurden u.a. Veranstaltungen durchgeführt, eine Studie erarbeitet sowie eine Stellungnahme des Ausschusses der Regionen (AdR) verabschiedet. Die Initiative der Partner*innen, einen entsprechenden Wettbewerb wie die Hauptstadt des Fairen Handels auf europäischer Ebene durchzuführen, wurde von der Europäischen Kommission aufgegriffen und in der neuen EU-Handelsstrategie verankert („EU City for Fair and Ethical Trade Award“).

In anderen Bereichen bzw. zu anderen Handlungsaufforderungen wird eine Umsetzung im Laufe der Legislaturperiode geplant bzw. angestrebt. Da zu diesen Themen die Rahmenbedingungen jedoch nicht bzw. nicht alleine von Bremen beeinflusst werden können, sind hier über das Land Bremen hinaus gehende Initiativen notwendig, um Fortschritte zu erzielen. Dazu gehört u.a. die Umsetzung einer restriktiven Rüstungspolitik, für die sich Bremen im Rahmen seiner Möglichkeiten politisch auf nationaler und europäischer Ebene einsetzt.

Anlagen

Diesem Bericht beigelegt sind das Arbeitsdokument „Handlungsaufforderungen aus den Leitlinien“, die Dokumentation „Offenes Forum Entwicklungszusammenarbeit“ sowie der ausführliche Sachstandsbericht 2016 zur Bremer EZ, der für den jährlich tagenden Bund-Länder-Ausschuss Entwicklungszusammenarbeit erstellt wurde.